



1913

Interpellation (Grüne): Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefährdung durch Mikroplastik aus Kunstrasenfelder

Auch in Köniz gibt es bereits Kunstrasenfelder in verschiedenen Sportanlagen, und neue Anlagen sind in Planung. Kunstrasen ist praktisch, weil er ganzjährig bespielbar ist und auch bei hoher Beanspruchung und schlechtem Wetter sehr langlebig ist. Untersuchungen sowie Presseberichte haben in den vergangenen Wochen auf eine bis anhin wenig bekannte Problematik aufmerksam gemacht: Kunstrasenfelder gehören – neben Abrieb von Kunststoff im Strassenverkehr – zu den grössten Mikroplastikverunreinigern. Das eingestreute Plastikgranulat wird durch Regen, Schnee, Wind und Schuhe in die Umwelt getragen und gelangt dort in die Böden und in die Gewässer, wo es von Tieren aufgenommen wird oder liegen bleibt und zu Mikroplastik zersetzt wird. Eine Untersuchung des Bundesamts für Gesundheit hat auch gezeigt, dass Kunstrasen feine Partikel mit gesundheitsgefährdenden Stoffen freisetzt. Die langfristigen Konsequenzen für Fauna, Flora und Mensch, zu dem es über die Nahrungskette gelangt, sind noch kaum abschätzbar.

Angesichts dieser Problematik wird der Gemeinderat gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den bestehenden Studien? Falls ja, welches ist sein Fazit?
2. Sind Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit Kriterien bei der Entscheidungsfindung für Kunst- oder Naturrasen bei den Könizer Sportplätzen?
3. Hat der Gemeinderat bei den aktuell geplanten Sportplatzvorhaben (Ried, OZK, Lerbermatt...) verschiedenen Varianten von Kunstrasen und von Naturrasen auch hinsichtlich Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit geprüft? Mit welchem Resultat?
4. In welchem Verhältnis stehen die Könizer Kunst- und Naturrasenfelder bezüglich der Kosten bei der Erstellung, dem Unterhalt und der Entsorgung?
5. Wieviele Kilogramm Plastikgranulat müssen in Köniz jährlich auf den bestehenden Kunstrasenfeldern wieder aufgefüllt werden?
6. Ist der Gemeinderat im Dialog mit den Berner Gemeinden, welche bezüglich Kunstrasen erste politische Diskussionen gehabt (z.B. Worb, Ostermundigen) und praktische Erfahrungen gesammelt (z.B. Thun, Sportplatz und Strandbad) haben?
7. Ist der Gemeinderat bereit, bei bestehenden Kunstrasenfeldern Schutzmassnahmen zu ergreifen, damit möglichst kein Plastik in die Umwelt gelangt? Falls ja, welche?
8. Ist der Gemeinderat bereit, bei noch nicht erstellten Kunstrasenfeldern entweder Alternativen zu suchen oder von Beginn an bauliche und organisatorische Massnahmen zu planen (z.B. Anpassungen bei Drainage, spezielle Entsorgungsmassnahmen nach Schneeräumungen)?

Chora Mosher Cassius von An
D. Böhler
Z. An
Z. An
H. Böhler
R. A.
A. Lang
B. Böhler
Z. E.
R. Sander
M. P. Z.
H. Böhler
Z. Z. Z.
H. Böhler

P. Biedlin

Katharina Fickler

V. Desember

Q. Rott

F. Adum

A. Nuss

Immer
Fores

M. W. W.

Ateng



Verbesserung der Gemeindezusammenarbeit

Offenbar sind andere Gemeinden, darunter Kehrsatz und Bolligen, dem Aufruf gefolgt und wollen sich an dem Prozess beteiligen, wobei sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass es ihnen nicht um die Fusion gehe, sondern um die verbesserte Gemeindezusammenarbeit.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Aus welchen Gründen hat der Gemeinderat beschlossen, die oben erwähnte Anfrage der Gemeinden Bern und Ostermundigen abschlägig zu beantworten?
2. Welche Abwägungen von Vor- und Nachteilen einer Beteiligung an der Machbarkeitsstudie hat er vorgenommen?
3. Inwiefern sieht der Gemeinderat für die Gemeinde Köniz Handlungsbedarf, um die politisch-administrativen Strukturen (z.B. in den Bereichen Wasserversorgung, Energieversorgung, Strassenunterhalt, öV-Angebot, Abfallentsorgung und Recycling, Grundschulangebot, Sozialhilfe, Raumplanung) anzupassen, insbesondere in den Ortsteilen Liebefeld, Wabern, Köniz Zentrum, Niederwangen oder Thörishaus, wo die Siedlungsgrenzen nicht mehr deckungsgleich sind mit den politischen Grenzen?
4. In welchen Aufgabengebieten hat die Gemeinde Köniz in der Vergangenheit Synergie- und/oder Kostensparpotentiale durch gezielte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ausgeschöpft?
5. Wie fällt seine Bilanz hinsichtlich Synergiegewinnen und Kostenersparnissen bei diesen Projekten aus?
6. Macht sich Gemeinderat Gedanken zu weiterem Synergie- und/oder Kostensparpotential durch eine verstärkte Gemeindezusammenarbeit mit den Nachbargemeinden? Falls ja, in welchen Aufgabengebieten sieht er die grössten und effektivsten Synergien?

Mathias Rickli

Lieberfeld, 29.04.2019
 Mathias Rickli


1915

Was tut Köniz für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen?

Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) hat den Zweck, Benachteiligungen zu verhindern, verringern oder beseitigen, welchen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind, sowie ihre autonome Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. In den 15 Jahren seit dem Inkrafttreten des BehiG ist auf allen Staatsebenen noch wenig passiert. Im April 2014 hat die Schweiz endlich die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) ratifiziert. Sowohl die Vorgaben des BehiG, als auch jene der UNBRK sind unter anderem auch für die Gemeinden verbindlich.

Im November 2017 schickte AGILE.CH Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen¹ einen Brief an alle Gemeinden der Schweiz mit verschiedenen Fragen zum Thema der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und der Umsetzung des BehiG. Nur von einem Bruchteil der Gemeinden erhielt Agile eine Antwort, von Köniz nicht. Auch auf die Nachfrage vom Februar 2018 reagierte Köniz nicht.

Im April 2018 wurde in Köniz eine Interpellation eingereicht betreffend der BehiG-Umsetzung im Bereich des ÖV. Mit der vorliegenden Interpellation wird die Umsetzung des BehiG erneut aufgegriffen, wobei der umfassende Zweck des Gesetzes und nicht lediglich die Benützung des ÖV beleuchtet wird.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Wie fördert der Gemeinderat die autonome Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft, insbesondere betreffend Bildungssystem, Arbeitsmarkt und politischer Partizipation?
- 2) Alle öffentlichen Gebäude und Anlagen, deren Bau oder Erneuerung nach Inkrafttreten des BehiG bewilligt wurden, müssen hindernisfrei gestaltet sein. Ist dies in Köniz gewährleistet? Wenn nein, wieso nicht?
- 3) Welche Massnahmen ergreift der Gemeinderat, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen durch die Gemeindeverwaltung zu verhindern?²
- 4) Wie gedenkt der Gemeinderat, das Wahl- und Abstimmungsmaterial und alle weiteren Informations- und Kommunikationsmittel der Gemeinde barrierefrei zugänglich zu machen?
- 5) Seit Juni 2018 verfügt die Gemeinde Köniz über einen neuen Webauftritt. Wurden bei der Entwicklung der Website die E-Government-Standards für barrierefreie Websites berücksichtigt?³ Wenn nein, warum nicht?
- 6) Beabsichtigt der Gemeinderat, ein auf die Vorgaben des BehiG und der UNBRK ausgerichtetes Konzept auszuarbeiten, analog zum Alterskonzept? Wenn nein, warum nicht?

Mittelhäusern, 28. April 2019

¹ <https://www.agile.ch/>

² Art. 2 BehiG / Art. 4 UNBRK

³ Art. 14 Abs. 2 BehiG / Art. 9 UNBRK / Art. 21 UNBRK / eCH-0059: Accessibility-Standard

Al. Rott

F. Adm

A. Lang

J. Sicker

T. En

K. Zollerhaus

K. Rott

Interpellation, (Mitte-Fraktion glp-BDP-CVP-EVP,)

Areal Graber als Quartier- und Kulturzentrum im Liebefeld

Im Ortsteil Liebefeld gibt es kein Quartierzentrum. Der Jugendtreff "KöLi" an der Schwarzenburgstrasse ist ein wichtiger Treffpunkt für Kinder und Jugendliche. Die Infrastruktur wird auch für soziokulturelle Angebote genutzt. Mittelfristig wird das Areal "Liebefeld Mitte" baulich entwickelt, so dass für den Jugendtreff einen Alternativstandort zu evaluieren ist.

Die Jugendarbeit ist idealerweise eingebunden in einen Kontext öffentlicher Räume und Nutzungen. Die Kombination eines Quartier- und Kulturzentrums würde einen Begegnungsort für ein breites Publikum schaffen.

Nun steht das Areal Graber zum Verkauf. Die Altbauten an der Stationsstrasse 11, 11a, 13 und 25 befinden sich zwischen der Station Liebefeld und der Siedlung Thomasweg, wo bekanntlich eine bauliche Verdichtung bevorsteht. Die beiden Parzellen sind in der Arbeitszone 2. Die heutige Eigentümerin ist der Apothekerverband pharmaSuisse.

Aufgrund des Verkaufswillens der pharmaSuisse hat sich bereits eine Interessengemeinschaft (IG) Graber gebildet. Diese besteht aus heutigen Mieterinnen und Mietern sowie aus Kulturschaffenden mit einem Bezug zum Ort. Die Absicht der IG ist, das geschichtsträchtige Gebäudeensemble zu erhalten und als Quartier- und Kulturzentrum und öffentlich zugänglich zu machen.

Mit aktiver Bodenpolitik an einer strategisch wichtigen Lage kann die Gemeinde einmalige Gelegenheiten nutzen, um zukünftige Entwicklungen in eine positive Richtung zu lenken.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Prüft der Gemeinderat den Kauf dieses Areals im Sinne eines strategischen Landkaufs?
2. Eignet sich dieses Areal aus der Sicht des Gemeinderates als Standort für einen Jugendtreff?
3. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass es im Liebfeld ein Quartier- und Kulturzentrum braucht?
4. Gibt es generell eine Standortstrategie zu den Könizer Jugendtreffs und den Quartierzentren?

Liebefeld, April 2019

s. p. m.
 h. P. s. e. s.
 12. A. l. 2
 Comit. von Avx
 T. F.
 Biedermaier J.
 F. E. s.

Pieck

LOW INPUT

LOW INPUT